

Stand: 16.01.2025 12:20:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/145

"Brexit - die engen und freundschaftlichen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich aufrechterhalten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/145 vom 23.01.2019
2. Beschluss des Plenums 18/191 vom 23.01.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 6 vom 23.01.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Franz Rieger, Robert Brannekämper, Petra Guttenberger, Sandro Kirchner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Otto Lederer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Karl Straub, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Brexit – die engen und freundschaftlichen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich aufrechterhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag beobachtet mit Sorge die aktuellen Entwicklungen in Bezug auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zum 29.03.2019. Trotz fast zweijähriger Verhandlungen konnte bis heute keine Vereinbarung für einen geregelten Austritt aus der Europäischen Union erzielt werden. Die Unsicherheit ist größer denn je.

Sowohl der Freistaat Bayern als auch sämtliche Kammern und Verbände in Bayern befassen sich in engem Austausch seit langer Zeit pro-aktiv mit dem Brexit und seinen Folgen. Dazu gehören auch die Aufklärung und Vorbereitung der bayerischen Unternehmen auf den möglichen „worst case“ eines Austritts ohne Vereinbarung.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, unter Wahrung der Geschlossenheit und der gemeinsamen Position der übrigen 27 Mitgliedstaaten auf Bundes- und Europaebene darauf hinzuwirken, dass nach einem erfolgten Brexit – unabhängig in welcher Form – die engen und freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Bayerns mit dem Vereinigten Königreich aufrechterhalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Das Vereinigte Königreich bleibt ein Freund und zentraler Partner in Europa.

Begründung:

Das britische Unterhaus hat am 15.01.2019 gegen das EU-Austrittsabkommen gestimmt, das die britische Regierung von Theresa May und die Europäische Union in einem Prozess über fast zwei Jahre ausgehandelt haben. Aktuell werden zahlreiche Optionen diskutiert – von einem Austritt des Vereinigten Königreichs ohne eine Übereinkunft mit der Europäischen Union („Hard Brexit“) über eine Verschiebung des Austrittstermins bis hin zu einem zweiten Referendum in Großbritannien. Die EU hat in dem

vorgeschlagenen EU-Austrittsabkommen ihre Vorschläge und Vorstellungen eingebracht. Es liegt nun am Vereinigten Königreich, deutlich zu machen, wie es weiter vorgehen möchte.

Ungeachtet all dieser Entwicklungen bestehen zwischen Deutschland, Bayern und dem Vereinigten Königreich viele enge, über Jahrzehnte gewachsene Verbindungen – Menschen aus Großbritannien, die bei uns leben, Menschen aus Bayern, die dort leben, bayerische Unternehmen, die in Großbritannien aktiv sind oder Waren dorthin liefern, und nicht zuletzt Menschen, die von der Möglichkeit des Austausches während ihrer Ausbildung gerne Gebrauch machen.

Natürlich kann ein Staat nach seinem Austritt nicht die gleichen Rechte und Privilegien genießen, die mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union verbunden sind. Gleichwohl liegt es im lebendigen Interesse beider Staaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger, dass auch nach einem Brexit die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich eng und freundschaftlich bleiben.

Großbritannien ist für Bayern der zweitwichtigste Wirtschaftsraum innerhalb der EU und der viertwichtigste Handelspartner weltweit. Die Beziehungen zu Großbritannien sollen aber über den Bereich der reinen Wirtschaftsbeziehungen hinausgehen, bei denen eine möglichst enge Integration der beiderseitigen Wirtschaftsräume für alle Seiten von großer Bedeutung ist. Sie sollen darüber hinaus vor allem auch die Zusammenarbeit bei Innerer Sicherheit, Forschung, Wissenschaft und Bildung umfassen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Franz Rieger, Robert Brannekämper, Petra Guttenberger, Sandro Kirchner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Otto Lederer, Benjamin Mis-kowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Karl Straub, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/145

Brexit – die engen und freundschaftlichen Beziehungen mit dem Vereinigten Kö-nigreich aufrechterhalten

Der Landtag beobachtet mit Sorge die aktuellen Entwicklungen in Bezug auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zum 29.03.2019. Trotz fast zweijähriger Verhandlungen konnte bis heute keine Vereinbarung für einen geregelten Austritt aus der Europäischen Union erzielt werden. Die Unsicherheit ist größer denn je.

Sowohl der Freistaat Bayern als auch sämtliche Kammern und Verbände in Bayern be-fassen sich in engem Austausch seit langer Zeit pro-aktiv mit dem Brexit und seinen Folgen. Dazu gehören auch die Aufklärung und Vorbereitung der bayerischen Unter-nehmen auf den möglichen „worst case“ eines Austritts ohne Vereinbarung.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, unter Wahrung der Geschlossenheit und der gemeinsamen Position der übrigen 27 Mitgliedstaaten auf Bundes- und Europaebe-ne darauf hinzuwirken, dass nach einem erfolgten Brexit – unabhängig in welcher Form – die engen und freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Bayerns mit dem Vereinigten Königreich aufrechterhalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Das Vereinigte Königreich bleibt ein Freund und zentraler Partner in Europa.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Franz Rieger

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Florian Siekmann

Abg. Markus Plenk

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Dr. Helmut Kaltenhauser und Fraktion (FDP)
Bayerischen Unternehmen einen harten Brexit erleichtern (Drs. 18/136)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Brexit-Strategie des Freistaates Bayern (Drs. 18/140)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Brexit - die engen und freundschaftlichen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich aufrechterhalten (Drs. 18/145)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, keiner will ihn, aber er wird immer wahrscheinlicher: der harte Brexit Ende März dieses Jahres. Das ist wie beim Jahrtausendwechsel, keiner weiß genau, was auf uns zukommt. Alle haben ein bisschen Angst davor. Der geordnete Brexit wäre schon schlimm genug; da hätten wir aber wenigstens einen Austrittsvertrag. Aber was bedeutet ein harter Brexit? Die großen Unternehmen und viele Verbände haben Arbeitsgruppen eingerichtet, die alle möglichen Szenarien durchspielen. Bei den kleinen und

mittleren Unternehmen ist das nicht der Fall. Sie haben dafür schlicht und einfach nicht die Kapazitäten. Wir haben aber eine ganze Menge von kleinen und mittleren Unternehmen. Ich erinnere an all die Unternehmen, die international tätig sind. Nicht zuletzt deshalb muss der Staat eingreifen und diesen Unternehmen helfen.

Wie stelle ich mir das vor? – Dazu möchte ich ein paar Beispiele geben. So könnten zum Beispiel Dokumentationspflichten suspendiert werden. Genehmigungspflichten könnten in Anzeigepflichten umgewandelt werden. Fristen könnten verlängert werden. Statistiken könnten abgeschafft oder vereinfacht werden. Man könnte schnellere Reaktionszeiten bei den Behörden schaffen, indem dort zentrale Stellen eingerichtet werden, die Entscheidungsbefugnis haben. Somit gibt es Möglichkeiten, für Unternehmen Erleichterungen für den Fall zu schaffen, dass der harte Brexit wirklich kommt.

Wichtig ist dabei vor allem, dass wir nicht bei der Analyse stehen bleiben, sondern dass wir ganz konkrete und verlässliche Vereinbarungen entwickeln. Hier unterscheiden wir uns von dem Dringlichkeitsantrag der SPD und ganz massiv von dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER.

Ich glaube, wir müssen hier kein großes Konzept entwickeln. Wir müssen ein bisschen freier denken. Ich habe sehr positive Erfahrungen mit dem Landtagsamt gemacht. Seitdem glaube ich wieder ganz fest daran, dass wir im öffentlichen Dienst eine Menge Mitarbeiter mit ganz großem Potenzial haben. An dieser Stelle ganz großen Dank dafür.

(Beifall bei der FDP)

Wir können auch von den Start-ups lernen. Wir haben darüber nachgedacht, ob wir den Start-ups ein bisschen mehr Freiheit geben könnten. Das sollten wir uns auch für den Fall eines harten Brexits überlegen. Wir wollen keine Subventionen schaffen und ihnen ein paar Millionen übergeben, damit es dann schon funktioniert. Wir wollen auch keine neuen Regeln schaffen. Wir wollen die vorhandenen Regeln prüfen und verein-

fachen. Wir wollen keine externen Berateraufträge. Wir wollen auch keine neuen Stellen.

Noch einmal: Wir wollen keine ausgearbeitete Strategie, wie das aus dem Dringlichkeitsantrag der SPD heraus klingt. Wir wollen auch keine Auflistung von Problemen. Wir wollen vielmehr eine Liste mit großen und kleinen pragmatischen Lösungen, um den Unternehmen wirkliche Erleichterungen zu verschaffen. Vielleicht kann das sogar der Einstieg in eine Entbürokratisierung sein, die weit über den Brexit hinausgeht.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Kollege Markus Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 29. März wird die Zugehörigkeit des Vereinigten Königreichs zur Europäischen Union wohl Geschichte sein. Die meisten von uns werden dies bedauern. Ich persönlich würde mir wünschen, dass es von der einen oder anderen Seite noch einmal eine heiße diplomatische Initiative gibt, damit Großbritannien in der Europäischen Union bleibt.

(Tobias Reiß (CSU): Außenminister!)

Der Ausstieg aus dem Ausstieg ist noch möglich. Er würde auch im bayerischen Interesse liegen. Zumindest könnte die Austrittspflicht nach Artikel 50 des EU-Vertrags über den 29. März hinaus verlängert werden. Auch ein erneutes Referendum ist denkbar. Aber wir sind Realisten. Wir müssen davon ausgehen, dass es zum Austritt kommt. Bayern muss darauf selbstverständlich vorbereitet sein.

Da meine Redezeit zu kurz ist, möchte ich nicht zu viel in die Retrospektive gehen. Ich habe mich gefreut, als Herr Ministerpräsident Dr. Söder gestern bei der IHK Schwaben erklärt hat, dass er es sehr bedaure, dass Großbritannien aus der Europäischen Union ausscheide, und dass diese isolationistischen Tendenzen definitiv der Vergangenheit

angehören müssten. Wir erinnern uns, dass die CSU schon anders gesprochen hat. Es liegt gerade drei Jahre zurück, da wurde dem britischen Premierminister David Cameron zur Klausurtagung noch der rote Teppich ausgerollt. Frau Hasselfeldt und Herr Seehofer sprachen davon, was Cameron mache, sei CSU-Politik pur. Das war wenige Wochen vor dem Brexit-Referendum. Ich weiß nicht, ob das retrospektiv so richtig war. Wir belassen es einmal dabei. Sie haben der europäischen Idee damit auf jeden Fall einen Bärendienst erwiesen. Es freut mich, wenn es zwischenzeitlich offensichtlich ein Umdenken gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Heute müssen wir uns auf den tatsächlichen Brexit – egal, ob er nun hart ist oder in welcher Form er auch immer sein wird – vorbereiten. Das ist wichtig für die bayerische Industrie. In diese Richtung geht der Antrag der FDP-Fraktion. Wir unterstützen den Antrag. Bayern ist ein Ausfuhrland, ein starkes Exportland. Wir müssen darauf entsprechend vorbereitet sein.

Wenn man sich anschaut, wie sich die anderen Bundesländer vorbereitet haben, gelangt man zu dem Schluss, dass wir im Europaausschuss noch einmal darüber diskutieren müssen, wie der Status quo in Bayern ist. Die Niedersachsen haben ein Überleitungsgesetz analog dem Deutschen Bundestag gemacht, und zwar schon einige Monate bevor der Bundestag reagiert hat. Nordrhein-Westfalen hat dazu eine eigene Enquete-Kommission einberufen und beispielsweise Friedrich Merz – ich hätte ihn nicht genommen – zum Brexit-Beauftragten ernannt. Wir haben im Übrigen auch einen ähnlichen Antrag gestellt. Auch Bayern bräuchte einen Brexit-Beauftragten, und zwar nicht nur für die Industrie.

Besonders wenn man die Bürokratie im Auge hat – im Sinne der Entbürokratisierung –, muss man auch all die anderen Themenfelder mit in Angriff nehmen. Es gab innerhalb von zwölf Monaten in der Bayerischen Staatsregierung drei Europaminister, die sich mit diesem Thema auseinandergesetzt haben, sodass ich nur meine Hoffnung

zum Ausdruck bringen kann, dass nicht allzu viel liegen geblieben ist und wir gut vorbereitet sind. Darüber sollten wir dann im Zusammenhang mit einem Bericht des Staatsministers im Europaausschuss diskutieren.

Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der FDP-Fraktion wie auch dem interfraktionellen Antrag der Regierungsfaktionen zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe Herrn Abgeordneten Dr. Franz Rieger auf.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Brexit bereitet uns allen Sorge. Die Unsicherheit, wie es weitergeht, ist schlecht für die Menschen, schlecht für die Wirtschaft in Großbritannien und in Europa, aber auch für uns in Bayern.

Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich haben über ein Austrittsabkommen verhandelt, das einen geordneten Übergang ermöglichen sollte. Leider hat das britische Unterhaus dieses Abkommen in der vergangenen Woche abgelehnt. Die reale Perspektive des harten Brexits, wie es meine Vorredner schon beschrieben haben, ist dadurch näher gerückt. Das ist sehr bitter für uns alle. Das macht die Zukunft unklar. Der Ball liegt nun aber bei den Briten. Trotzdem ist das letzte Wort wohl noch nicht gesprochen.

Das vorliegende Austrittsabkommen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ist möglicherweise noch nicht der Endzustand. Einen harten Brexit wird es nur geben, wenn beide Seiten keine andere Lösung für ihre Handelsbeziehungen finden. Dafür gibt es jetzt zig verschiedene Möglichkeiten und Modelle, wie es weitergehen könnte.

Man kann hier nur spekulieren. Was am Schluss dabei herauskommt, wissen wir alle nicht. Es kann zu einem harten Brexit kommen, bei dem Großbritannien von heute auf

morgen zu einem ganz normalen Drittstaat wird, mit dem unsere Unternehmen Handel treiben können wie mit allen anderen Drittstaaten auch.

Man kann auch über eine Verschiebung des Austrittstermins spekulieren. Vielleicht gibt es sogar noch ein zweites Referendum. Oder stellen Sie sich einmal vor: Die Europäische Union und Großbritannien – was nicht ganz ausgeschlossen ist – vereinbaren ein Freihandelsabkommen wie CETA oder Großbritannien wird am Schluss behandelt – rein rechtlich natürlich – wie die Schweiz.

Meine Damen und Herren, die Staatsregierung soll nun über diese Möglichkeiten berichten. Kollege Dr. Kaltenhauser hat sogar angeregt, für den harten Brexit oder auch andere Varianten innerhalb von zwei Monaten, die wir noch Zeit haben, gesetzliche Regelungen – Sie haben wohl landes- und bundesgesetzliche Regelungen gemeint – für Erleichterungen für die Wirtschaft, zum Bürokratieabbau und zur Einstellung eines Brexits zu erlassen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Das ergibt überhaupt keinen Sinn und hätte für kein einziges Unternehmen, Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, einen Vorteil. Das wäre verschwendete Zeit und Energie, genauso wie eine schnelle Berichtserstattung. Es würde niemandem etwas nützen. Im Gegenteil: Ich bin der festen Überzeugung, dass das Ganze zu weiterer Verwirrung und Verunsicherung in der Bevölkerung beitragen würde.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sowohl der Freistaat Bayern als auch sämtliche Kammern und Verbände befassen sich seit längerer Zeit mit dem drohenden Brexit. Dazu gehört auch die Aufklärung und das Vorbereiten der bayerischen Unternehmen auf den möglichen Worst Case.

Die Staatsregierung hat in den vergangenen Monaten mehrfach dem Landtag berichtet. Was soll sie jetzt Neues berichten? Die Staatsregierung könnte nur spekulieren. Ich habe Ihnen die Möglichkeiten aufgezeigt. Daher hätte ein solcher Bericht aus unserer Sicht zurzeit überhaupt keinen Sinn.

Viel wichtiger ist es – darauf sollten wir unser Augenmerk richten –, dass wir klarstellen, wie wir in Zukunft zum Vereinigten Königreich stehen. Das bringt einen Mehrwert für unsere Wirtschaft, und darauf sollten wir unsere Energie verwenden. Großbritannien ist für Bayern der zweitwichtigste Wirtschaftsraum in Europa und der viertwichtigste Handelspartner in der Welt. Wir wollen mit unserem Antrag bekräftigen, dass Großbritannien auch bei einem Brexit ein Freund und ein zentraler Partner insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht in Europa bleibt.

Es ist klar, dass Großbritannien nach dem Austritt nicht die gleichen umfänglichen Rechte haben kann wie ein EU-Mitgliedstaat, aber unsere Wirtschaftsräume sollten eng miteinander verknüpft bleiben. Das gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für weitere Bereiche, zum Beispiel für Bildung, für Forschung, für den kulturellen Austausch und insbesondere auch für die Außen- und Sicherheitspolitik und für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und bei vielem mehr. In diesen Bereichen sollten wir auch in Zukunft eng mit Großbritannien zusammenarbeiten. Die Bewahrung dieser Freundschaft, dieser Verbundenheit und dieser engen Zusammenarbeit mit Großbritannien, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, wollen wir mit unserem heutigen Antrag zum Ausdruck bringen. Wir brauchen keine Berichte über Spekulationen, die wir umgehend in die Papiertonne werfen können, weil die Ereignisse vielleicht schneller überholt sein werden als die Tinte der Berichte trocken ist.

Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag, den wir als vernünftig betrachten, und lehnen die Anträge der SPD und der FDP ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Pult. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dr. Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Rieger, ich scheine sehr undeutlich gesprochen zu haben, denn ich habe nichts von einer Gesetzesänderung gesagt. Dazu ist die Zeit viel zu kurz. Ich habe andere Dinge aufgezählt. Deshalb die Frage an Sie: Können Sie

sich vorstellen, dass irgendwelche Verfahrensfragen, Dokumentationspflichten oder Ähnliches zu einer Vereinfachung für kleine und mittlere Unternehmen führen? Ich könnte eine ganze Liste von Dingen anführen. Können Sie sich das vorstellen? Meinen Sie wirklich, dass man nur mit einem großen Konzept und einer großen Strategie eine Chance hat, etwas zu verbessern?

Dr. Franz Rieger (CSU): Herr Dr. Kaltenhauser, ich habe Sie so verstanden, dass Sie, wie Sie gerade gesagt haben, Verfahrensfragen, Dokumentationspflichten usw. im Hinblick auf einen harten Brexit künftig ändern wollen. Mir erschließt sich nicht, wie das ohne Gesetzesänderungen bzw. Verordnungsänderungen gehen soll. Das müssten Sie mir bitte erklären. Ich weiß auch nicht, ob Sie landes- oder bundesgesetzliche oder gar europarechtliche Regelungen gemeint haben. Für mich sind Verfahrensänderungen ohne Gesetzesänderungen nicht machbar. Ich halte auch die Änderung von bayerischen Ausführungsverordnungen innerhalb von zwei Monaten für schwer machbar. Ich halte das rechtlich und faktisch für unmöglich. Sie müssten mir das jetzt näher erklären. Ich gehe davon aus, dass das, was Sie hier zum Rechtlichen gesagt haben, ein untauglicher Versuch ist, der weder politisch noch faktisch durchsetzbar ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Gestatten Sie noch eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Rinderspacher?

Dr. Franz Rieger (CSU): Ja.

Markus Rinderspacher (SPD): Wir begrüßen den Antrag der Regierungsfractionen. Er hat überwiegend Resolutionscharakter, dass wir nämlich heute gemeinsam die Absicht zum Ausdruck bringen, in einer guten Partnerschaft auch künftig beste Beziehungen zum Vereinigten Königreich zu haben, wie auch immer es über den 29. März hinaus ausgeht. – So weit besteht Einverständnis.

Ich bin allerdings überrascht, dass Sie einen Berichts Antrag ablehnen, weil das eigentlich so nicht vorkommt. Berichts Anträge werden traditionell angenommen – das ist in einem Parlament eigentlich Usus –, insbesondere da Sie selbst gesagt haben, es

habe umfangreiche Konsultationen mit der Industrie, der Verwaltung und den unterschiedlichsten Akteuren im Freistaat Bayern gegeben. Ich finde, wir haben als Hohes Haus ein Anrecht darauf, von der Bayerischen Staatsregierung zu erfahren: Wie ist der Status quo? Ja, es geht um einen mündlichen Bericht des Staatsministers im Europaausschuss. Wir haben als Hohes Haus einen Anspruch darauf, zu erfahren, wie der Status quo ist.

(Beifall bei der SPD)

Welche Gespräche haben Sie geführt? Wie ist der Sachstand? Welche Konsequenzen hat der Brexit für die bayerische Industrie, für die Hochschulen, für die Forschungslandschaft? Herr Staatsminister Sibler war selbst im Königreich, in Cambridge, und hat eine Absichtserklärung abgegeben, dass man im Bildungs- und Hochschulbereich gern kooperieren möchte, aber rechtliche Fragestellungen zu klären wären. Welche rechtlichen Fragestellungen sind das?

Also: Wenn nicht der Eindruck entstehen soll, dass die Staatsregierung eben nicht so tätig ist, wie Sie es eben dargestellt haben, ist es, wie ich finde, zwingend notwendig, dass im Europaausschuss ein Bericht gegeben wird, damit der Status quo dem Parlament klar wird.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Franz Rieger (CSU): Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen, dass wir in der Regel – Sie sind selbst im Europaausschuss – Berichtsanträgen zustimmen. In diesem Fall ist aber – Sie wissen es selbst – die Situation völlig ungeklärt. Wir wissen nicht, wie es weitergeht. Wir sind eigentlich von der innenpolitischen Lage in Großbritannien abhängig. Keiner weiß, wo es hinführt.

Das eigentliche Problem Ihres Berichtsantrages ist, dass der Berichtsauftrag eigentlich unmöglich zu erfüllen ist. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, damit Sie verstehen, was ich meine, denn ich habe es vorher allgemein ausgedrückt: Es gibt eine Statistik bzw. eine

Meinung, wonach bei den zukünftigen Grenzkontrollen in Calais, wenn die Lastzüge auf den Zug fahren, die durchschnittliche Dauer einer Grenzkontrolle neun Minuten beträgt. Man kann die Kapazität dieses Tunnels nur noch zu 20 % in Anspruch nehmen, weil dann anstatt 1.000 Lkws – ich weiß die Zahl nicht mehr genau – nur noch 200 Lkws pro Stunde nach Großbritannien durchkommen. Nun sage ich Ihnen: Diese neun Minuten sind ein angenommener Wert. Kein Mensch weiß, wenn ein harter Brexit kommt, ob die neun Minuten stimmen, welche Lastzüge die Briten kontrollieren werden, welche Güter sie kontrollieren werden, ob sie die Ein- oder Ausfuhr kontrollieren werden, ob sie pharmazeutische Güter oder Fahrzeugteile kontrollieren werden.

(Allgemeine Unruhe)

Kein Mensch weiß das, und deshalb ist ein solcher Bericht unmöglich abzugeben. Es ist ein zu umfangreicher Antrag, den Sie gestellt haben.

Wir machen uns Gedanken über etwas, was noch offen ist. Die ganze Lage ist offen. Nun hat der österreichische Bundeskanzler ins Spiel gebracht, man könnte doch nachgeben. Vielleicht gibt es noch eine Einigung, vielleicht gibt es ein neues Abkommen. Aber in diesem Fall zwei Monate vor dem Brexit einen Bericht zu erstellen, der möglicherweise durch Zeitablauf noch überholt wird, weil er natürlich erst in einem oder zwei Monaten fertig sein wird, das sehen wir als unmöglich an. Deshalb lehnen wir diesen Bericht ausnahmsweise und mit gutem Gewissen ab und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. Diese haben Sie ohnehin schon signalisiert.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe den Abgeordneten Tobias Gotthardt auf.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an den Punkt anknüpfen, an dem mein Vorredner geendet hat: Das Problem bei der ganzen Geschichte ist: Wir sind auf einen sanften Brexit

vorbereitet; das ist vollkommen klar. Das ist ein gesetzgeberischer Zehnzeiler. Aber der Begriff "harter Brexit" täuscht. Er ist nicht so hart. Der harte Brexit ist nicht definiert. Wir wissen nicht, was kommt. "Dpa" titelte vor Kurzem: "Ratlosigkeit in Brüssel". Wir sind natürlich nicht ratlos, wir werden uns darauf vorbereiten; aber wir können jetzt nicht sagen, was kommt, weil keiner weiß, wie ein Brexit aussieht, der nicht definiert ist. Das muss man einfach so sagen. Das ist Fakt, und da ergibt ein Bericht keinen Sinn.

Was mich als überzeugten Europäer aber an der ganzen Debatte ein bisschen mehr stört: Wir sprechen jetzt schon über einen Kuchen, der überhaupt noch nicht verteilt ist. Ich würde jetzt viel lieber darüber sprechen, wie wir einen Brexit grundsätzlich vermeiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube noch nicht daran, ich akzeptiere ihn noch nicht. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich akzeptiere es nicht – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Pardon! Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Prof. Dr. Bausback?

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr gern, ja.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, Sie sollten uns sagen, wie wir einen Brexit abwenden können. Wie stellen Sie sich das konkret vor? Wo sehen Sie einen Ansatzpunkt?

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Indem wir einfach den Blickwinkel verändern. Mir geht es nicht darum, darüber zu sprechen, wie wir handhaben, was eventuell kommen könnte, sondern ich bin ein "Eurooptimist". Ich möchte, dass wir das Ganze aus dem Blickwinkel der Briten, der Bayern, der Deutschen, der Europäer betrachten. Wir müssen schauen, wie wir das Beste herausholen, und es muss klar sein: Keiner in Europa wird mit diesem Brexit auch nur einen Blumentopf gewinnen.

(Anhaltende Unruhe)

Der Brexit schadet den Briten, er schadet Europa und er schadet auch uns Bayern.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Gotthardt, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen. Die Redezeit der Fraktion ist erschöpft.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Okay, dann komme ich zum Schluss. – Ich sage Ihnen: Ich hoffe, wir schaffen gemeinsam einen neuen Deal und schauen nach vorn und sprechen nicht nur über einen Brexit, der noch gar nicht Realität ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe Herrn Abgeordneten Florian Siekmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie viele Menschen in meinem Alter bin ich in einem geeinten Europa aufgewachsen. Wir lernten eine Europäische Union der offenen Grenzen kennen, eine Europäische Union der gemeinsamen Werte. Selbst erleben durfte ich das bei einem Forschungsaufenthalt in Schweden und bei einer Interrail-Reise, die von kulturellem Austausch geprägt war. Wir mussten aber in den letzten Jahren auch schmerzlich lernen: Das alles ist keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Europäische Union, die europäische Integration sind keine Selbstverständlichkeit. Gerade in den letzten Jahren wurde sie immer öfter infrage gestellt, auch von Parteien und Kräften, die inzwischen hier im Landtag, in diesem Hohen Haus, vertreten sind. Viel zu lange haben Regierungen in Europa Probleme auf Brüssel verschoben und Erfolge nur im eigenen Land verbucht. Kurzum: Europa wurde zum Sündenbock gemacht, und im Schatten dieser Sündenbock-Mentalität hat sich eine populistische Politik der Spaltung entwickelt, deren vorläufiger Höhepunkt der Brexit ist.

(Anhaltende Unruhe)

Der Slogan der Leave-Kampagne "Take Back Control" hat sich nach zähen Verhandlungen mit dem Ergebnis, dort zu stehen, wo man vor zwei Jahren begonnen hat, schlicht in Chaos aufgelöst.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Siekmann, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Ich darf Sie bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Hintergrundgespräche einzustellen. Wer das dringende Bedürfnis hat, kann nach draußen gehen. Einige Kollegen haben sich beschwert, dass sie nicht richtig zuhören können. Ich bitte das zu respektieren. – Sie haben das Wort, Herr Kollege Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Ich danke Ihnen, Herr Präsident. – Sehr geehrte Damen und Herren, auf diese Politik der Spaltung müssen wir reagieren. Es ist unsere Aufgabe, das Versprechen Europas zu erneuern – ein Versprechen auf die europäischen Grundwerte Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, und nicht zuletzt ein Versprechen auf eine nie dagewesene Ära des Friedens und des Wohlstands, die auf furchtbare Gräueltaten folgte, derer wir heute Morgen gedacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber natürlich haben wir als Bayerischer Landtag die Aufgabe, uns mit den Folgen eines wie auch immer gearteten Brexits auseinanderzusetzen. Auch wenn der Antrag der FDP-Fraktion einen harten Brexit als immer wahrscheinlicher einstuft – ich teile Ihren Pessimismus da nicht ganz –, müssen wir doch viel mehr auf Großbritannien und die Menschen, die dort weiterhin hart an guten Beziehungen zur EU arbeiten, zugehen und dürfen ihnen nicht den Rücken zukehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die GRÜNEN-Fraktion habe ich bereits eine Anfrage zum Plenum eingereicht, um zügig eine erste Folgeneinschätzung der Staatsregierung zu erhalten.

Den Antrag der SPD-Fraktion auf einen ausführlichen Bericht begrüßen wir ausdrücklich.

Ich möchte mich noch kurz an die Regierungskoalition wenden. Europa ist mehr als eine Handelsunion. Wir haben vorhin viel zur Wirtschaft gehört. Zur Folgenbetrachtung gehört auch, dass ein Brexit auch Folgen für Umwelt und Klima, beim kulturellen Austausch und für die dort und die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger haben wird. Ihren Anträgen werden wir dennoch folgen, da wir Ihre Bemühungen um weiterhin gute Beziehungen, auch wirtschaftliche, zum Vereinigten Königreich unterstützen wollen. Herr Rieger, ganz zum Schluss: Ich verstehe nicht ganz das Problem bei einem Bericht – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter Siekmann, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit um eine knappe halbe Minute überzogen.

Florian Siekmann (GRÜNE): Ich verstehe nicht ganz das Problem mit dem Berichtsantrag, da noch lange Verhandlungen geführt werden und der Bericht zum 29. März vorliegen soll. Das ist definitiv ein Datum, zu dem hoffentlich neue Informationen vorliegen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Markus Plenk.

(Beifall bei der AfD)

Markus Plenk (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Der bayerische Mittelstand braucht keine Ratschläge von weltfremden Politikern, sondern Bürokratieabbau und echte Abgabentlastung.

(Lachen bei der CSU)

Wir als AfD-Fraktion bedauern den immer wahrscheinlicher werdenden Brexit. Trotzdem lehnen wir sinnlose Anträge wie den von der FDP ab. Das ist reine Symbolpolitik. Damit können wir nichts anfangen.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CSU und der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Staatsminister Dr. Florian Herrmann.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung hat die Entscheidung des britischen Volkes, die EU zu verlassen, stets bedauert. Das Vereinigte Königreich ist seit jeher ein zentraler, wichtiger und guter Partner Bayerns. Das Verhältnis beider Länder ist durch besonders enge, intensive und freundschaftliche Beziehungen in einer Vielzahl von Lebensbereichen, ich würde fast sagen: in allen, geprägt. Dazu zählen in erster Linie die innere Sicherheit, Wissenschaft, Forschung und natürlich die beiderseitigen Handelsbeziehungen. Das Vereinigte Königreich war 2017 der zweitwichtigste Exportmarkt für Bayern innerhalb der EU und der viertwichtigste weltweit.

Umso bedauerlicher ist es, dass wir auch heute, gut zweieinhalb Jahre nach der Entscheidung der britischen Bevölkerung, nach zahlreichen Verhandlungen im Unterhaus, nach einer vermeintlichen Plan-B-Vorlage durch die Premierministerin in dieser Woche, immer noch nicht wissen, wie es weitergehen soll. Unklar sind vor allem die Absichten des Vereinigten Königreichs. Wird es einen Rücktritt vom Brexit geben? Das hoffen wahrscheinlich die meisten, fordern sogar Teile des Unterhauses. Oder wird der zwischen der EU und der britischen Regierung ausgehandelte Austrittsvertrag, der Deal, trotz der Ablehnung durch das Unterhaus vom 15. Januar doch noch abgeschlossen? Oder wird es einen – wie heute schon mehrfach zitiert – No-Deal-Brexit geben, weil sich das britische Unterhaus auf gar keine Lösung verständigt? Wie soll es dann nach dem 29. März 2019 weitergehen? – Aus diesem Fragenkatalog wird,

glaube ich, deutlich, dass die Entscheidung derzeit in Großbritannien, im Unterhaus, bei der britischen Regierung liegt. Wir müssen darauf warten, wie sich Großbritannien nun entscheiden wird, welchen Brexit es will und wie es sich seine künftigen Beziehungen zur EU vorstellt.

Klar ist für uns alle: Trifft Großbritannien bis zum 29. März 2019 keine Entscheidung, kommt es zum No-Deal-Brexit. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Szenarien völlig vielfältig sind. Der No-Deal-Brexit ist ein Szenario, welches ohne historisches Beispiel ist. Wir wissen nicht, wie sich das Ganze konkret abspielen wird. Klar ist: Es ist eines der möglichen Szenarien. Denkbar sind im Verhandlungswege natürlich auch noch andere Szenarien. Es gibt 8 bis 10 unterschiedliche denkbare Möglichkeiten. Diese sind allerdings völlig hypothetisch, wenn sich die Briten nicht darüber verständigen und uns nicht mitteilen, wie sie sich den Austritt vorstellen. Verhandlungen sind nicht möglich, wenn der Verhandlungspartner nicht mitteilt, wie er sich das vorstellt.

Bei den Handelsbeziehungen wäre der No-Deal-Brexit natürlich ein Rückfall auf die WTO-Beziehungen. Das ist ganz klar. Mit diesem Brexit würde es all die Errungenschaften des Binnenmarktes nicht mehr geben und auch keine Zwischenlösungen, weil es eben keinen Deal geben würde. Deshalb sind für uns, für Deutschland und für Bayern, die Vorbereitungen auf einen solchen No-Deal-Brexit notwendig. Diese Vorbereitungen laufen natürlich, und zwar für die unterschiedlichen Szenarien:

Erstens, der einfache, aber aktuell eher unwahrscheinliche Fall des Deal-Brexit mit einem ausgehandelten Vertrag: Dafür gibt es den Entwurf eines bayerischen Brexit-Übergangsgesetzes, das allerdings sehr einfach und schlicht ist, weil dann die Beziehungen, wie sie bisher bestanden haben, mit wenigen Ausnahmen lediglich um die beiden Jahre prolongiert würden. Das ist der einfache Fall, aktuell eher unwahrscheinlich.

Zweitens. Im Hinblick auf den möglichen No-Deal hat es bereits zahlreiche Abstimmungstermine innerhalb der Staatsregierung gegeben. Die Vorbereitungen reichen dabei von organisatorischen Maßnahmen wie der Vorbereitung der Ausländer- und Veterinärbehörden auf Kontrollen, die dann natürlich theoretisch wieder erforderlich würden, und zwar nicht nach dem Regime des Binnenmarktes, sondern nach WTO-Regime, bis hin zur Information der Betroffenen. Man kann nur an alle Unternehmen, die in irgendeiner Form mit dem Vereinigten Königreich zu tun haben, appellieren, sich intensiv mit diesen Fragen zu beschäftigen und sich auf die denkbaren Szenarien vorzubereiten. Es gibt eine ganze Reihe von Informationsquellen der EU-Kommission oder des Bundes und auch Hilfestellungen der Kammern und Verbände, die sich mit dem Thema beschäftigen. Deshalb sage ich ganz klar: Der FDP-Antrag ist aus unserer Sicht überholt, weil diese Berichte im Laufe der letzten Jahre schon häufig gegeben wurden. Wie die Auswirkungen sein werden, können Sie bereits nachlesen.

Nun komme ich zum SPD-Antrag. Aus unserer Sicht gibt es eben diese Vielzahl von möglichen Szenarien. Es ist wirklich nicht sinnvoll, sich festzulegen und zu sagen, bei dem Szenario kommen all diese Folgewirkungen. Wir müssen schlichtweg das tun, was realistisch ist. Der Ball liegt beim Vereinigten Königreich. So lange dort die Entscheidung nicht gefällt ist, bringt es nichts, weder der Praxis noch den Unternehmen, umfangreiche Kataloge aufzustellen, die dann möglicherweise Makulatur sind, wenn es doch zu einem anderen Szenario kommen würde. Ich meine, das liegt auf der Hand. Aktivismus bringt hier nichts. Natürlich ist es auch aus unserer Sicht wünschenswert, dass es nicht zum harten Brexit kommt. Das Heft des Verhandels liegt aber nicht in der Hand des Freistaates und auch nicht der Bundesrepublik. Das ist natürlich die Aufgabe der Europäischen Kommission, sich mit dem Vereinigten Königreich, mit der Regierung May, auseinanderzusetzen.

Fazit: Tatsächlich ist Großbritannien nun am Zuge. Wir müssen die Entscheidung abwarten. Aus Sicht der Staatsregierung möchte ich aber darauf hinweisen, dass gerade diese Konfrontation mit dem Brexit, die überall diskutiert wird und zu größter Verunsicherung

cherung führt, deutlich macht, dass es einen einfachen Brexit nicht gibt. Ich hoffe, dass dies eine Art Weckruf für alle politischen Kräfte in Deutschland und in Europa ist, die der Meinung sind, man könnte mit einem einfachen Kündigungsschreiben, mit einem Federstrich, das, was an einem europäischen Wurzelwerk in den letzten sieben Jahrzehnten zum Nutzen aller Menschen in Europa, aller Nationen und aller Bürgerinnen und Bürger gewachsen ist, beseitigen. Das geht eben nicht. Ich meine, dass das auch gut so ist. Diese Erkenntnis trägt vielleicht dazu bei, dass wir die europäischen Themen mit großer Sachlichkeit und nicht mit populistischen, nationalistischen oder isolationistischen Ansätzen besprechen. Wenn zukünftig nicht mehr mit nationalistischen Ansätzen diskutiert wird, dann wäre das wenigstens ein kleiner Nutzen bei diesem großen Schaden, bei dieser großen Problematik, die der Brexit insgesamt über die Verhältnisse zwischen den europäischen Nationen bringt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Bayerische Staatsregierung hat ihre Redezeit überschritten. Nachdem Herr Staatsminister Herrmann gerade noch im zeitlichen Rahmen war, möchte ich darauf verzichten, die Redezeit wieder an die Fraktionen zu verteilen.

(Unruhe)

Ich entscheide jetzt, dass wir zur Abstimmung kommen. Dazu werden wir die Anträge wieder trennen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/136 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/140 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/145 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD.

(Zurufe: Und die GRÜNEN!)

Pardon, und die GRÜNEN.

(Tobias Reiß (CSU): Die sind so weit links!)

Ich erkläre an dieser Stelle ganz deutlich, dass man die GRÜNEN in diesem Hause eigentlich nicht übersehen kann. Ich bitte um Entschuldigung. – Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich komme jetzt zurück zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 18/135. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und eine Stimme bei der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und eine Stimme bei den GRÜNEN. Enthaltungen! – Das sind die Fraktionen der FDP und, bis auf eine Stimme, der AfD. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

Jetzt komme ich zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 18/144. Die CSU-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte darum, die Abstimmungsurnen aufzustellen. Sie haben fünf Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 19:24 bis 19:29 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe hiermit die Abstimmung. Ich darf Sie bitten, in den Plenarsaal zurückzukommen und die Plätze wieder einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis wird ermittelt und später bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/137 mit 18/139, 18/141, 18/146 und 18/147 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.